

FDP.Die Liberalen, Postfach, 3001 Bern

Aussenpolitische Kommission
3003 Bern

Bern, 16. Dezember 2025 / HG
VL GGE Neutralitätsinitiative

Elektronischer Versand: dv.voelkerrecht@eda.admin.ch.

Direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Wahrung der schweizerischen Neutralität (Neutralitätsinitiative)» Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung oben genannter Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

Die FDP.Die Liberalen lehnt den direkten Gegenentwurf zur Volksinitiative «Wahrung der schweizerischen Neutralität (Neutralitätsinitiative)» ab. Die ablehnende Haltung richtet sich sowohl gegen die Initiative selbst als auch gegen den direkten Gegenentwurf des Ständerates, da beide Vorschläge eine unnötige und schädliche Versteinerung der bewährten Schweizer Neutralitätspraxis bedeuten würden.

Die FDP.Die Liberalen spricht sich für die Weiterführung der bewährten 175-jährigen Neutralitätspraxis aus. Diese versteht die Neutralität als ein Instrument zur Wahrung der aussen-, sicherheits- und wirtschaftspolitischen Interessen der Schweiz und nicht als Selbstzweck.

Der direkte Gegenentwurf (Art. 54a E-BV) wird abgelehnt, da er eine Abkehr von der bisherigen Praxis und eine unnötige Einschränkung des Handlungsspielraums bedeuten würde.

- Verlust des Instrumentellen Charakters: Die explizite inhaltliche Verankerung der Neutralität als Grundsatz der Aussenpolitik in der Bundesverfassung würde den erfolgreichen instrumentellen Charakter der Neutralität reduzieren.
- Kein Mehrwert gegenüber geltendem Recht: Die Neutralität ist bereits heute in der Bundesverfassung erwähnt (Art. 173 und 185 BV). Die Forderung, dass die Neutralität «immerwährend und bewaffnet» ist, und für Konfliktlösung genutzt wird, entspricht bereits dem Völkerrecht und der heutigen Praxis.
- Versteinerung und Einschränkung: Eine starre Verankerung eines bestimmten Neutralitätsverständnisses in der Verfassung widerspricht der historischen Erfahrung und der Notwendigkeit, flexibel auf aussenpolitische Herausforderungen reagieren zu können.

Die Volksinitiative wird entschieden abgelehnt, da sie zu einer klaren Kursänderung führen würde, die den Interessen der Schweiz fundamental widerspricht.

- Verbot von Sanktionen: Das von der Initiative geforderte Verbot nichtmilitärischer Zwangsmassnahmen gegen kriegführende Staaten (ausser UNO-Sanktionen) ist der

Hauptkritikpunkt. Die Schweiz muss sich bei eklatanten Völkerrechtsverletzungen solidarisch mit dem angegriffenen Wertepartner zeigen. Dies würde bedeuten, dass die Schweiz breit abgestützte Sanktionen wichtiger Partner (wie der EU oder OSZE) gegen Völkerrechtsbrecher nicht mehr mittragen könnte. In Zeiten des Kampfes demokratischer Staaten gegen Autokratien würde sich die Schweiz damit de facto auf die Seite des Aggressors stellen. Eine starre Auslegung der Neutralität in diesem Sinne könnte die Schweiz international isolieren oder gar selbst zur Zielscheibe von Sanktionen machen. Die Schweiz muss jedoch jederzeit selbständig und situationsgerecht über die Übernahme von Sanktionen entscheiden können.

- Schwächung der Verteidigungsfähigkeit und Kooperation: Die Initiative schränkt die sicherheits- und verteidigungspolitische Zusammenarbeit mit Partnern wie der NATO und der EU stark ein. Diese Kooperation ist jedoch für die Verteidigungsfähigkeit der Schweiz unverzichtbar. Die Initiative würde die Schwächung der Verteidigungsfähigkeit der Schweiz zur Folge haben. Eine Zusammenarbeit, die ausschliesslich der Verteidigung dient, ist völkerrechtlich unproblematisch. Zudem ist eine wettbewerbsfähige Rüstungsindustrie für die Deckung des Eigenbedarfs der Armee notwendig. Der bestehende Handlungsspielraum muss genutzt werden, indem die Wiederausfuhr von Schweizer Waffen zwischen demokratischen Staaten zugelassen wird.

Eine in November 2025 von sotomo durchgeführte Umfrage zeigt, dass vier von fünf Schweizerinnen und Schweizern wollen, dass sich die Schweiz neutral verhält. Sie möchten aber auch, dass die Auslegung der Neutralität flexibel bleibt. Zwei von drei Stimmenden wünschen sich, dass dieses in Jahrhunderten erprobte Erfolgsrezept beibehalten wird und die Schweiz ihre Handlungsfreiheit bewahrt. Das ist auch die Haltung der FDP.

Die Neutralität der Schweiz ist national, international und global ein wichtiges Instrument zur Wahrung der Sicherheit der Schweiz. Um dieser Funktion gerecht zu werden, braucht es keine Neudefinition oder Versteinerung der Neutralität, denn Neutralität als Selbstzweck schadet dem Land. Die FDP.Die Liberalen lehnt daher sowohl die Initiative als auch den direkten Gegenentwurf ab, da sie das bewährte, flexible Instrument gefährden.

Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen

Der Co-Präsident



Benjamin Mühleemann
Ständerat

Die Co-Präsidentin



Susanne Vincenz-Stauffacher
Nationalrätin

Der Generalsekretär



Jonas Projer